

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Guinea-Bissau - 1994**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (1995) : Guinea-Bissau - 1994, In: Hofmeier, Rolf (Ed.): Afrika-Jahrbuch 1994: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara., Leske + Budrich, Opladen, pp. 109-113

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301825>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Guinea-Bissau - 1994

**Fläche:** 36 125 km<sup>2</sup>, **Einwohner:** 1.035 Mio., **Hauptstadt:** Bissau, **Amtssprache:** Portugiesisch, **Schulbesuchsquote:** 60 %, **Wechselkurs:** \$ 1 = Peso (PG) 12.446, **HDI** 0,224, Rang 38, **Pro-Kopf-Einkommen:** \$ 210, **BSP:** \$ 260, **Anteil am BIP:** 46% - 12 % - 42 %, **Hauptexportprodukte:** Cashewnüsse 83%, Fisch 15%, **Staatschef:** João Bernardo Vieira, **Ministerpräsident:** Manuel Saturnino da Costa, **Regierungspartei:** Partido Africano da Independência de Guiné e Cabo Verde (PAIGC) und 12 **Oppositionsparteien:** u.a. Resistência da Guiné-Bissau-Movimento Baftá (RGB-MB), Frente de Libertação para a Independencia da Guiné (FLING), Partido da Renovação Social (PRS), União para a Mudança (UM).

Aus den ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ging die PAIGC, angeführt von Staatspräsident "Nino" Vieira, gestärkt hervor; die Opposition war in sich zerstritten und bot keine überzeugende Alternative. In der Außenpolitik setzte die Regierung ihre erfolgreiche "Schaukelpolitik" zwischen den beiden konkurrierenden Gebern von Entwicklungshilfe, Portugal und Frankreich fort. Der erfolgreich eingeleitete Demokratisierungsprozeß fand bei der internationalen Gebergemeinschaft, die über 75% der öffentlichen Ausgaben finanziert, Anerkennung. Der Fehlschlag der meisten Entwicklungsprojekte seit der Unabhängigkeit, der weitgehend auf schlechter Planung, mangelnder Absorptionskapazität der bestehenden Strukturen sowie schlechter Regierungsführung beruhte, bewirkte allerdings, daß sich die Lage der Bevölkerung seit der Unabhängigkeit nicht wesentlich verbesserte.

### *Innenpolitik*

Die ersten demokratischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Guinea-Bissau - ursprünglich für den 27.03. geplant - dominierten die innenpolitische Diskussion während des gesamten Berichtsjahres. In der Bevölkerung war von einer Aufbruchsstimmung - wie sie in den ersten Jahren nach der Befreiung (24.09.73) überall im Lande sichtbar war - schon lange nichts mehr zu spüren. Zwei Jahrzehnte "sozialistischer" Mißwirtschaft hatten trotz umfangreicher, aber fehlgeleiteter Entwicklungshilfe eher eine Verschlechterung ihres Lebensstandards gebracht. Staatliche Planwirtschaft entpuppte sich trotz vieler wohlmeinender Ansätze in den 1970er und 1980er Jahren als Mittel der Selbstprivilegierung herrschender Eliten. Weder die ehemalige Unabhängigkeitsbewegung und spätere Einheitspartei (PAIGC) noch die neuen Oppositionsparteien boten demgegenüber realistische Zukunftsperspektiven. Die Regierung Vieiras, die der Einführung eines Mehrparteiensystems lange Zeit ablehnend gegenüber gestanden hatte, sah auch zu Beginn des Jahres keinen Anlaß, die Vorbereitungen für die Wahlen aus eigener Initiative und mit eigenen Mitteln voranzutreiben. Vielmehr hatte es den Anschein, als seien für sie die Wahlen eher eine von außen aufgezwungene Pflichtübung, für deren Vorbereitung und Durchführung gefälligst diejenigen zahlen sollten, die diese Wahlen verlangten; die Ausnutzung der - allerdings immer begrenzteren - Zahlungsbereitschaft der internationalen Gebergemeinschaft wurde somit auch auf das neue Feld der Demokratisierungshilfe ausgedehnt. Am 24.1. gab Vieira seine

Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen am 27.3. bekannt und trat gleichzeitig - in Übereinstimmung mit dem neuen Wahlgesetz vom 21.2.93 - aus der Armee aus. Noch im Nov. des Vorjahres hatte er alle Spekulationen über die Verschiebung des Wahltermins zurückgewiesen, die u.a. durch die geringe Zahlungsbereitschaft der Regierung sowie die Deckungslücke für den Wahlfonds (bis dahin waren nur \$ 3,1 Mio. der von der Regierung auf \$ 5,5, Mio. veranschlagten Wahlkosten eingegangen; den Löwenanteil davon (\$ 2,3 Mio.) hatten internationale Geber finanziert) ausgelöst worden waren. Im Febr. verkündete die aus Mitgliedern aller legalisierten Parteien zusammengesetzte nationale Wahlkommission (CNE) öffentlich, daß wegen schwerwiegender Mängel in der technischen Vorbereitung an eine Einhaltung des geplanten Wahltermins nicht zu denken sei. Am 23.2. erhielt die Wahlkommission Unterstützung durch die Forderung der im Oppositionsbündnis Forum Democratica (FD) zusammengeschlossenen 11 Oppositionsparteien, die eine Verschiebung der Wahlen forderten, da die gesetzmäßigen Fristen für die Wahlvorbereitung, insbesondere für die Wählerregistrierung, nicht eingehalten worden seien. Am 21.3., nur sechs Tage vor dem geplanten Wahltermin, verkündete Vieira schließlich doch den Aufschub der Wahlen um maximal sechs Monate. Der Wähler-Census, die erste (partielle) Bevölkerungszählung seit der Unabhängigkeit, begann am 11.4. und wurde in der - für die sonst chronisch ineffiziente Bürokratie - erstaunlichen Rekordzeit von 12 Tagen abgeschlossen. Am 10.5. veröffentlichte die CNE die Ergebnisse: in die Wählerlisten hatten sich insgesamt 404.521 Wähler aus der auf knapp über 1 Mio. geschätzten Gesamtbevölkerung eingetragen; allein die registrierten Wähler aus der Hauptstadt Bissau stellten mit 97.520 Wählern nahezu ein Viertel der gesamten Wählerschaft. Einen Tag später gab Staatspräsident Vieira den neuen Wahltermin bekannt: am 3.7. sollten gleichzeitig die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen beginnen.

Für das Amt des Staatspräsidenten kandidierten insgesamt acht Bewerber; außer dem bisherigen Staatschef Vieira, der durch einen Putsch gegen Luiz Cabral im November 1980 zur Macht gekommen war, legten am 24.5. sieben Oppositionskandidaten ihre Bewerbung beim Obersten Gericht in Bissau nieder, u.a. Kumba Yalla (Kumba Ialá), Führer der PRS (Partido da Renovação Social), Domingos Fernandes Gomes (Resistência da Guiné-Bissau-Movimento Baftá, RGB-MB), Francois Mendy (Li-beração para a Independencia da Guiné, FLING) und Bubacar Djalo (União para a Mudança, UM), Sohn eines der höchsten Moslem-Autoritäten im Lande, Cherno Rashid. João da Costa (PRD, Partido da Renovação e o Desenvolvimento), einer der Oppositionsführer, der noch Anfang des Jahres als einer der ernsthaftesten Konkurrenten Vieiras galt, verzichtete auf eine Aufstellung angesichts der Versuche der Regierung, ihn durch Rufmordkampagnen als Oppositionskandidaten zu disqualifizieren. Da Costa war 1993 zweimal unter der fadenscheinigen Beschuldigung der Teilnahme an einem Putschversuch vom März 1993 verhaftet, und auf Protest aus dem In- und Ausland wieder freigelassen worden. In einem Prozeß vor dem Militärtribunal von Bissau, der am 6.1. begann, wurde da Costa am 21.1. freigesprochen; die starke Beachtung, die seine Festnahme bei der Opposition, Menschenrechtsorganisationen und der internationalen Gebergemeinschaft fand, mag mit zu diesem Freispruch beigetragen haben.

Für die Parlamentswahlen stellten sich in den 27 Wahlbezirken insgesamt 1.136 Kandidaten für die 100 Sitze in der Assembleia Nacional Popular zur Wahl. Die Wahlen, von den UN und internationalen Beobachtern als im Allgemeinen frei und fair beurteilt, wurden am 4.7. abgeschlossen. Die PAIGC gewann mit 62 Sitzen die absolute Mehrheit im Parlament (mit nur 38% der Stimmen), die RGB-MB 19, die PRS 12, die UM 6 und die FLING einen der Parlamentssitze. Dieses neu zusammengesetzte Parlament, in dem nunmehr drei Parlamentariergruppen vertreten sind (PAIGC, RGB-MB und die Parteienkoalition FLING/PRS/UM) wählte am 18.8. Malang Bacai Sanha (PAIGC) zu seinem Präsidenten.

In der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen konnte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit auf sich vereinigen; Staatschef Vieira (PAIGC) lag allerdings mit 46,2% weit vor seinen Konkurrenten Kumba Yalla (PRS; 21,9%) und D.F. Gomes (RGB-MB; 17,3%). Somit wurde eine zweite Wahlrunde (7.8.) zwischen den beiden stärksten Rivalen, Vieira und Kumba Yalla, notwendig, bei der Vieira mit 52% der Stimmen knapp den Sieg davon trug. "Nino" Vieira, durch den Putsch gegen Luis Cabral am 14.11.1980 an die Macht gekommen, ist seit 14 Jahren Staatschef; er gilt in der Bevölkerung als einer der Heroen des Befreiungskampfes, der am 24. Sept. 1973 als Präsident der von der PAIGC gegründeten Nationalversammlung im maquis in Bo, unilateral die Unabhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht Portugal verkündete. In der ersten unabhängigen Regierung unter Luis Cabral war Vieira zunächst Verteidigungsminister und ab 1978 Ministerpräsident bis zu seinem Putsch gegen L. Cabral, der ihn 1980 an die Macht brachte. J. Bernardo Vieira (geb. 27.4.1939 in Bissau) ist Katholik, gehört der Minoritäten-Ethnie der Papel (9% der Bevölkerung, im islamischen Norden des Landes) an und ist ein vehementer Verfechter der Idee der nationalen Einheit gegenüber seinen politischen Opponenten, wie Kumba Yalla, denen er Ausnutzung ethnischer oder religiöser Widersprüche für eigennützige Zwecke vorwirft. Der unterlegene Kandidat Kumba Yalla (geb. März 1953), der katholische Theologie in Lissabon und Philosophie in Berlin (DDR) studierte, gehörte bis 1990 ebenfalls der PAIGC an, bevor er im Jan. 1992 seine eigene Partei (PRS) gründete. Als Balante, konnte er sich nicht nur auf die Unterstützung der größten Ethnie des Landes (24% der Bevölkerung) und der starken Balante-Fraktion innerhalb der Armee, sondern auch auf die Hilfe der übrigen, in der ersten Wahlrunde unterlegenen Oppositionsführer berufen; aber beides reichte offensichtlich nicht aus, um die Vorteile des Amtsbonus des bisherigen Staatschefs sowie der ihn unterstützenden etablierten Parteistrukturen der PAIGC auszugleichen. Andererseits zeigte das Wahlergebnis auch, daß die in sich zerstrittene Opposition in den Augen der Wähler keine Alternative zur etablierten Regierung der PAIGC unter Staatspräsident Vieira darstellte, der aus den Wahlen als Führer des Landes gestärkt hervorging. Seine Legitimierung durch das Wahlergebnis wog um so stärker, als die Wahlbeteiligung - angesichts der schlechten Rahmenbedingungen (Einsetzen der Regenzeit, schlechte Infrastruktur, kaum passierbare Verkehrswege in der Provinz, etc.) - in beiden Wahlrunden nach Auskunft der nationalen Wahlkommission mit über 80% erstaunlich hoch lag. Insgesamt wurden die, letztlich von allen Parteien - ebenso wie von den internationalen Gebern - als weitgehend fair und frei eingeschätzten Wahlen als signifikanter Fortschritt des Landes auf dem Wege zur Demokratisierung gewertet.

Vieira ernannte am 25.10. Manuel Saturnino da Costa zum Ministerpräsidenten. Da Costa, (geb. 29.11.1942 in Bolama) trat der PAIGC bereits 1959 bei; ausgebildet an der Militärakademie von Nanking, war da Costa Kampfgefährte Vieiras im Befreiungskampf und galt als Wegbereiter des Machtübernahme Vieiras 1980 sowie als "Hardliner" und Repräsentant des alten ideologischen Flügels gegenüber den an die Macht drängenden jungen Technokraten innerhalb der PAIGC. Nach der Unabhängigkeit bekleidete er verschiedene Ministerämter, war Botschafter in der UdSSR und Kuba, und seit 1993 Generalsekretär der PAIGC. 1984 in Ungnade gefallen wegen angeblicher Putschvorbereitungen, wurde er später rehabilitiert und 1988 zum Gouverneur der Südregion (Tombali) ernannt; ab 1990 war er Bürgermeister von Bissau. Die am 18.11. gebildete neue Regierung setzte sich - nach den Worten des Premierministers - hauptsächlich aus "alten Militanten der PAIGC" zusammen. Drei der Ministersessel bot Da Costa der Opposition an. Jedoch war dieses Angebot augenscheinlich nicht ernst gemeint; der Führer der Bafatá-Bewegung, sagte, er sei erst drei Stunden vor Veröffentlichung der Ministerliste telefonisch gefragt worden, ohne konkrete Angebote zu hören; er lehnte daher die Teilnahme an der Regierung ab. Kumba Yalla lehnte ebenfalls ab, da er das Regierungsprogramm für unrealistisch erachtete. Ibrahim Sow, früher Mitglied der Bafatá-Bewegung, der zwischen der ersten und der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen zur PAIGC übergelaufen war und deswegen des Verrates an der Opposition beschuldigt wurde, stellte sich als Minister für Nationale Erziehung zur Verfügung,

einem Amt, das angesichts der katastrophalen Lage des Ausbildungswesens und der Streiks und Forderungen der Lehrer und Studenten als ein politisch besonders sensibler Bereich gilt. Vier radikale PAIGC-Mitglieder fanden Aufnahme in das neue Kabinett; u.a. Hélder Proença, der frühere Propaganda-Chef der PAIGC, als Informationsminister, und Zeca Martins, einer der Mitverantwortlichen für den 1980er Putsch, als Handelsminister. Die meisten der neu ernannten Minister und Staatssekretäre waren jedoch Technokraten, die vielfach zu den ersten Graduierten des Landes nach der Unabhängigkeit zählten. Neuer Außenminister wurde Ansumane Man, (Studium in der DDR; früher Handelsminister), das Verteidigungsministerium erhielt Arafan Man,; weitere Neubesetzungen im Kabinet betrafen die Bereiche Finanzen (Rui Dia de Sousa), Justiz (Daniel Ferreira), Territoriale Verwaltung (Luis Oliveira Sanca), Planung und Zusammenarbeit (Aristides Gomes), Landwirtschaft (Isaac Monteiro).

Die schwierigste Aufgabe der neuen Regierung ist die konsequente Durchführung der Strukturpassungsmaßnahmen, ohne die Beschäftigten im Bildungssektor und in der Armee zu sehr zu beeinträchtigen; beides sind politisch brisante Sektoren, in denen zunehmender Protest gegen die Regierung (mehrmalige Lehrerstreiks im Berichtsjahr und Meutereien sowie ein Putschversuch im Vorjahr) gärt. Das Demobilisierungsprogramm stößt bei den Truppen (ca. 7.200) des unterbezahlten Militärs und der paramilitärischen Gendarmerie (2.000; Sold ca. US \$ 10 mtl., mit mehreren Monatsgehältern im Rückstand), die sich um die Früchte des Befreiungskampfes betrogen sehen, auf wenig Verständnis.

### *Außenpolitik*

Die Beruhigung perspektivloser Armeemitglieder mag mit ein Grund für die - eher symbolische - Beteiligung Guinea-Bissaus an den Friedensmissionen in Angola (6 Beobachter für die UNAVEM II) und Rwanda gewesen sein. In Rwanda wurden im Juli auf Bitten der Franzosen 35 guineische Soldaten für die Operation turquoise der Franzosen und später zusätzlich 150 Soldaten für die UN-Friedensmission (UNIMIR II) bereitgestellt. Hauptgrund der Beteiligung an der international umstrittenen französischen "Friedensmission" war aber wohl die seit Jahren erfolgreich durchgeführte "Schaukelpolitik" zwischen den beiden großen Gebern Portugal und Frankreich. Vieira hatte bereits im August 1993 - zum Ärger portugiesischer Wirtschaftskreise - die Aufnahme in die CFA-Zone beantragt. Am 10.1. beantragte Guinea-Bissau außerdem die Mitgliedschaft in der französisch dominierten Fluggesellschaft Air Afrique. Dem Antrag wurde stattgegeben, was Proteste in Portugal auslöste; nach inoffiziellen Angaben wäre die TAP-Air Portugal bereit gewesen, \$ 3,5 Mio. in Guinea-Bissau zu investieren, während die "Aufnahmegebühr" für den Beitritt zur Air Afrique auf \$ 9 Mio. geschätzt wurde, deren Teilfinanzierung angeblich durch Frankreich in Aussicht gestellt wurde. Am 20.4. begann der französische Sender Radio France International (RFI) auf UKW von Bissau aus zu senden; das UKW-Netz von RFI, das angeblich 75% des Territoriums abdeckt, gilt als Teil des Dezentralisierungsprogramms der guineischen Regierung; RFI ist die erste Radiostation des Landes außerhalb Regierungskontrolle. Frankreich, Portugal, die USA und sogar China trugen im Rahmen der Demokratisierungshilfe zum erfolgreichen Verlauf der Wahlen bei, der von diesen Mächten ausdrücklich begrüßt und als ein bedeutender Meilenstein auf dem Weg zur Demokratisierung gewürdigt wurde. Am 17.3. wurde Guinea-Bissau als 117. Mitglied in das GATT aufgenommen und wird damit gleichzeitig auch Gründungsmitglied der Nachfolgeorganisation des GATT, der World Trade Organisation im nächsten Jahr.

### *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Der erfolgreiche Demokratisierungsbeginn blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Regierungsverhandlungen mit den internationalen Gebern. Ende des Jahres bewilligte der IMF nach langem Zögern eine Reihe von Krediten im Rahmen des Strukturanpassungsprogrammes (FASR, 1994-97) in Höhe von insgesamt \$ 14 Mio. Gemäß den Aussagen des IMF hat Guinea-Bissau 1993/94 signifikante Fortschritte auf dem Wege der Sanierung der Staatsfinanzen gemacht. Der Wechselkurs des Peso in Bezug auf die SZR wurde in regelmäßigen Abständen auf der Basis der Preisentwicklung auf dem heimischen Markt in Anlehnung an den Schwarzmarktkurs angepaßt. Die portugiesische Regierung, die eine begrenzte Konvertibilität mit dem portugiesischen Escudo ab 1992 garantierte, drohte aber, dieses Abkommen aufzukündigen, wenn Bissau seine Schulden in Höhe von \$ 5 Mio. nicht begleiche. Die Inflation ist nach offiziellen Angaben von über 80% (1992) auf ca. 30% (1993/94) gesunken; inoffizielle Schätzungen liegen mit bis zu 100% weit höher.

Ein großes Problem sind die strukturellen Wirtschaftsreformen: der Staat ist der wichtigste Arbeitgeber im Lande; ca. 80% der Lohnabhängigen im formellen Sektor sind im Öffentlichen Dienst beschäftigt. Der bereits extrem niedrige reale Durchschnittslohn ist seit 1986 ständig gesunken auf 250.000 Pesos per Monat; er reichte bis Oktober gerade aus, um einen Sack Reis (50 kg) zu kaufen, der eine Durchschnittsfamilie allenfalls drei Wochen ernähren konnte. Mitte Oktober wurde der Preis für einen Sack Reis auf 400.000 Pesos angehoben, u.a. weil die Reisimporte mit höheren Abgaben belastet wurden, um die heimische Produktion zu stimulieren. Somit waren so gut wie alle Lohnabhängigen im formellen Sektor auf Nebenverdienste im informellen Sektor angewiesen, wo meist in Naturalien entlohnt wurde; sie arbeiteten allenfalls noch halbtags in den Amtsstuben. Nach Ansicht der Weltbank müßte ein Drittel der insgesamt ca. 15.000 Staatsbediensteten entlassen werden. Im Rahmen des 1. Strukturanpassungsprogramms (ab 1987) waren 2.000 Beschäftigte entlassen worden; die aktuellen Programme der Regierung sehen den Abbau von jährlich 500 weiteren Staatsdienern bis 1997 vor. Programme zu deren Wiedereingliederung in den ländlichen oder in den informellen Sektor scheiterten jedoch bisher; 85,7% der Staatsbediensteten sind gemäß UN-Angaben ohne hinreichende Qualifikation. Die Arbeitslosigkeit in den Städten hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt.

Die Staatsverschuldung (\$ 673 Mio.) betrug 1994 ca. 291% des BIP; die ausländische Hilfe entspricht 75% des Staatshaushaltes; kurz, das Land hängt am Tropf der Entwicklungshilfe. Die Entwicklungshilfe ging angesichts der Meldungen über fehlgeschlagene Projekte und Mittelverschwendung tendenziell zurück. Aufsehen erregte eine Mitte des Jahres veröffentlichte Langzeitevaluierung der schwedischen Entwicklungshilfe (SADSA), die zu dem enttäuschenden Ergebnis kam, daß deren massive Hilfe seit der Unabhängigkeit (1975; insges. \$ 220 Mio.) keine befriedigenden Ergebnisse gezeigt habe oder sogar kontraproduktiv gewesen sei: "das tatsächliche Ziel - im Gegensatz zur Rhetorik der guineischen Regierung - war nicht 'Selbsthilfe und Partizipation der Bevölkerung' sondern eher die Maximierung des Zuflusses von Entwicklungshilfe". In der Landwirtschaft verursacht die von der Regierung geförderte Ausdehnung der privatwirtschaftlichen kommerziellen Landwirtschaft, der *pontas* (1986 gab es offiziell 803 *pontas* mit durchschnittlich 113 ha), auf Kosten des Dorflandes zunehmend ethnische und soziale Konflikte. Die Flächenbegrenzung auf 2.500 ha per Konzession wird anscheinend immer öfter durch Zusammenschlüsse von Unternehmern umgangen. Auch im Gesundheitssektor ergaben sich massive Probleme: nach den Mitte des Jahres veröffentlichten Schätzungen des nationalen Anti-AIDS-Programms sind 8-10% der erwachsenen Bevölkerung infiziert. Im Oktober breitete sich zudem noch eine Cholera-Epidemie aus, die bis zum Jahresende 269 Tote und 13.660 Kranke forderte.

*Dirk Kohnert*

## **Chronologie Guinea-Bissau 1994**

- 25.01. Staatspräsident Vieira kündigt seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen an
- 01.02. Streik der Lehrer und zweite Festnahme des Führers der Lehrgewerkschaft
- 04.02. Oppositionsführer, João da Costa, des Putschversuchs im März 1993 angeklagt, vom Militärgericht in Bissau freigesprochen
- März Nationalversammlung verlangt Aufschiebung der Wahlen wegen mangelnder technischer Vorbereitung
- 17.03. Guinea-Bissau wird 118. Mitglied des GATT
- 11.04. Wähler-Census: erste (partielle) Bevölkerungszählung seit der Unabhängigkeit
- 03./04.07. Die ersten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen seit der Unabhängigkeit; Wahlbeteiligung ca. 80%; die ehemalige Einheitspartei, PAIGC, gewinnt absolute Mehrheit im Parlament
- 07.08. Zweite Runde der Präsidentschaftswahlen: 52% für den alten und neuen Staatspräsident Vieira
- 18.11. Neue Regierung unter Ministerpräsident M.S. da Costa